



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/118

23. Mai 1950

Hinweise

auf den Inhalt:

beschlussfassung zum Europarat	
Wortlaut der angenommenen politischen Reso- lution	S.1
Fortführung der Diskussion	S.4
Gruss der Labour Party	S.6
Zweiter Hilferuf aus Bautzen	S.7

## Gegen Eintritt in den Europarat

Billigung der Politik Schumachers mit allen  
gegen 11 Stimmen bei vier Enthaltungen

sp. Hamburg, 23. Mai

Am Dienstag nachmittag fasste der Parteitag der SPD in Hamburg den entscheidenden politischen Beschluss durch Annahme einer Resolution, die den gegenwärtigen Standort der sozialdemokratischen Politik in allen wesentlichen Fragen umreißt. Die Politik, die der Vorsitzende der Partei, Dr. Kurt Schumacher, am Vortage in seinem grossen Referat dargelegt und begründet hatte, wurde nach vorangegangener eingehender Aussprache, an der sich insgesamt 39 Redner beteiligten und nach dem Schlusswort Dr. Schumachers mit allen gegen 11 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen. Anwesend waren 371 Delegierte.

Diese Resolution hat folgenden Wortlaut:

"Der Parteitag billigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion und spricht ihnen sein Vertrauen aus.

Er anerkennt die politische Initiative der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Er begrüsst ihren Kampf für eine konsequente gesamtdeutsche Politik der Bundesorgane und ihre Haltung in den Fragen einer Investitions- und Kreditplanung, der Vollbeschäftigung, des sozialen Wohnungsbaues, des Einbaues der Ausgewiesenen und Kriegsoffer in die Wirtschaft, des sozial gerechten Lastenausgleichs und der Sozialpolitik. Er stimmt der Politik der entschlossenen Inangriffnahme der Sozialisierung und des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitenden unter Beteiligung der Gewerkschaften zu.

Die soziale Frage ist die nationale Frage. Soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage der deutschen Einheit und der Überwindung des

Rechtsradikalismus und des Nationalkommunismus. Die Stärkung der Massenkaukraft ist die wesentlichste Voraussetzung zur Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen.

Besonders begrüsst der Parteitag die Haltung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion zum Europarat. Die Einbeziehung des Saar-gebiets in den Europarat ohne rechtliche Grundlage und unter Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine Verletzung des Statuts des Europäischen Rates und eine einseitige machtpolitische Massnahme. Diese Politik ist untauglich, das Fundament eines Vereinigten Europa zu legen. Sie bedroht unmittelbar die Erfüllung der Lebensforderung des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung in einem freien Rechtsstaat.

Der Parteitag sieht im Missbrauch des europäischen Gedankens für nationalistische Machterweiterung oder kapitalistische Gruppeninteressen schwere Gefahren für Europa und grosse Chancen für den östlichen Totalitarismus. Die sozialdemokratische Ablehnung der uneuropäischen Lösungsversuche entspringt dem verantwortungsbewussten Willen zur Schaffung eines Vereinigten Europa, für das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit aller Kraft kämpft.

Zur Schuman-Initiative erklärt der Parteitag, dass er jedes Bemühen willkommen heisst, das zu ernstesten gestaltenden Verhandlungen führen kann. Er sieht in dem Vorschlag des französischen Aussenministers etwas entscheidend Politisches, das nicht von Sachverständigen, die tatsächlich nur Interessenten sind, massgebend beeinflusst werden darf. Die Sozialdemokratische Partei ist sich bewusst, dass eine Organisation Westeuropas unter dem Gesichtswinkel der schwerindustriellen Interessen eine tödliche Bedrohung der Demokratie und der aufrichtigen vorbehaltlosen Zusammenarbeit gleichberechtigter Völker bedeuten würde. Ihre endgültige Stellungnahme macht die Sozialdemokratische Partei von dem materiellen Inhalt der Entscheidungen einer Reihe von wichtigen Fragen abhängig. Das gilt vor allem von der tatsächlichen Gleichheit aller Partner, die unvereinbar ist mit der heutigen Gestaltung der Verhältnisse, insbesondere dem Ruhrstatut und von dem Recht des deutschen Volkes, über die Eigentumsgestaltung in seiner Wirtschaft selbst zu bestimmen.

In dem vorangegangenen Schlusswort hatte Dr. Schumacher noch einmal die Linie seiner Politik im Sinne der gestrigen Ausführungen erläutert und sich dabei mit seinen Kritikern auseinandergesetzt. Er dankte dabei ausdrücklich dem Hamburger Bürgermeister Max Brauer und dem früheren Reichstagspräsidenten Löhe für die Art, in der sie sich zu Wortführern dieser Kritik gemahnt hatten, die klar einer sozialdemokratischen Gesinnung entsprungen sei.

Schumacher ging dann noch einmal auf die sachlichen Unterschiede ein, die zwischen seiner Auffassung und der der aussenpolitischen Opponenten bestehen. Er erinnerte an die Meinungsdivergenzen auf dem sogenannten kleinen Parteitag am 20. April 1949 in Hannover, wo es um die Zustimmung der Partei zum Grundgesetz ging und wo es der Parteileitung gelang, ihre Auffassung durchzusetzen. Niemand könne heute bestreiten, dass das richtig gewesen sei. Heute sei die Situation im Hinblick auf

eine wesentliche aussenpolitische Entscheidung jener vom Frühjahr des vergangenen Jahres durchaus ähnlich. Schumacher wiederholte bei der Erläuterung seines Standpunktes die These: "Es ist keine antialliierte Politik, sondern eine pro-nationale und pro-internationale Politik, die wir damals und die wir heute treiben". "Die einfachste Grundtendenz jedes Internationalismus aber", erklärte er im Hinblick auf das Europa-problem, "schliesst eine Graduierung und Differenzierung aus. Das Wesen des internationalen Sozialismus erfordert die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Menschen untereinander". In Kreisen der deutschen Rechten dränge man nach Europa, aber man habe nicht einmal die Kraft der nationalen und der sozialen Konzentration zur Angleichung der Lebensbedingungen in unserem Volke. Die fanatischen Europäer von heute seien doch gerade die Nationalisten von gestern, es seien Europäer aus ausgesprochenem Opportunismus.

In der Diskussion sei mehrfach der Fehler begangen, die Institution des Europarates einfach mit der europäischen Idee gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung versetze die Gegner der Sozialdemokratie in die Lage, so zu tun, als ob dieser Rat die einzige oder gar die beste Möglichkeit der Realisierung Europas wäre. "Wir handeln aus der Verpflichtung zur deutschen Einheit und der unlöslichen Verbundenheit mit der Ostzone und Berlin. Alle diese Dinge sind bedroht, wenn wir uns von dem klerikal-kapitalistisch-konservativen, unechten Europa-Chauvinismus unserer Gegner anstecken lassen". Schumacher fuhr fort: "Wir haben immer die Politik der Unabhängigkeit unserer Partei betrieben und werden darin fortfahren. Die Elastizität, die man in der Politik bei der Berücksichtigung von Tatsachen anwenden muss, darf nicht die Elastizität des Gummis, sie muss die des Stahls sein. Wehe uns, wenn wir <sup>uns</sup> von dem Versprechen, das wir schon 1945 gegeben haben, immer eine deutsche Partei zu sein, abdrängen lassen! Uns bleibt, so wie die Dinge liegen, nur das eine: gerade um Europas wegen Nein zu sagen, um den Weg der Massen zu Europa offenzuhalten".

Zum Schuman-Plan ergänzte er seine gestrigen Bemerkungen durch den Hinweis, dieser Plan, im Grunde ein Vorschlag, sei durchaus nicht das, was die Agitation einer bestimmten politischen Richtung daraus machen wolle, er sei keine weltgeschichtliche Tat. Als Vorschlag werde er durch die SPD akzeptiert, weil er von französischer Seite komme und weil er eine, wenn auch nicht grosse, Eventualität der Verwirklichung in einem politisch und wirtschaftlich tragbaren Sinne habe. Aber die sozialdemokratischen Bedingungen seien: keine Anerkennung des internationalen

Kartellsystems und keine gleichzeitige Fortexistenz von Ruhrstatut und Ruhrbehörde. Die Eigentumsfrage sei in diesem Zusammenhang beherrschend wichtig. Wenn jetzt daran gedacht werde, ein Gremium für die sachliche Behandlung des Schuman-Planes auf deutscher Seite zusammenzustellen, so würden, soweit es sich um Sozialdemokraten handelt, diese als freie Exponenten einer in ihren Entschlüssen völlig freien Partei tätig sein.

Für die SPD bekannte sich Dr. Schumacher besonders nachdrücklich zur Wiedergutmachungspflicht gegenüber politisch und rassistisch Verfolgten und zum Prinzip der Gleichheit aller Menschen. Scharf kritisierte er die matte und widerstrebende Haltung der Regierung in allen diesen Fragen. "Eine wirkliche Gleichwertigkeit der Deutschen im Bewusstsein der öffentlichen Meinung der Welt wird es nur geben, wenn die internationale Judenheit sich mit uns als deutschem Volk aussöhnt. Hier liegt die wirkliche Gefahr der Isolierung der Deutschen, nicht in der Taktik des Tages gegenüber einer veränderlichen Situation".

Abschliessend stellte Schumacher für die SPD und ihre weitere politische Arbeit drei Grunderfordernisse heraus: "Klarheit der Erkenntnis, Rücksichtslosigkeit im Wollen und Intensivierung und Belebung der Aussprache in unseren eigenen Reihen. Dieser Prozess ist einheitlich. Versagt unsere Partei in einem dieser drei Punkte, scheitert sie zwangsläufig in allen dreien. Das Ziel muss bleiben, unsere Partei tiefer und breiter, sie insgesamt grösser zu machen".

+

#### Fortführung der Diskussion

In der vorausgegangenen Diskussion hatte Peter Jakobs - Trier auf die Situation im Saargebiet aus der Schau der unmittelbaren Nachbarschaft verwiesen. Die "derzeitige Fehlkonstruktion" dieses Gebietes sei der Ausfluss eines falschen Sicherheitsbedürfnisses Frankreichs. Dadurch sei im Westen Europas eine Enklave der Unfreiheit entstanden.

Dr. Krüger - Hamburg plädierte im Interesse einer demokratischen Rechtsprechung gegen die Unabsetzbarkeit der Richter, indem man sich des schweizerischen und amerikanischen Vorbildes einer beschränkten Amtszeit der Richter bedienen möge. Die gegenwärtige Sachlage habe zu einem "Richterhochmut" und einer "politischen Welfremdheit" der Justiz geführt.

Andreas Gayk - Kiel erklärte, solange Deutschland nicht als gleichberechtigter Partner in den Europarat eintrete, korrumpiere ein Beitritt der Bundesrepublik den europäischen Gedanken. Ein verfrühtes "Ja" könne ein Unglück für Europa sein. Die deutsche Innenpolitik sei durch die Besatzungspolitik belastet. Gayk zitierte dazu einen Brief des Landeskommisars von Schleswig-Holstein, in dem angegeben wird, welche Industrien auf dem jetzt freigegebenen Kieler Ostufer nicht angesiedelt werden dürfen. U.a. dürfen keine Kraftmaschinen, kein Eisenbahnmaterial,

keine Lokomotiven gebaut und kein Kran von mehr als 10 t Tragkraft aufgestellt werden.

Fritz Hensler - Dortmund erklärte, dass das Schwergewicht der SPD in der COMISCO liegen müsse, nicht in Strassburg. Nach Strassburg könne Deutschland nur mit den Rechten einer selbständigen Nation gehen. Eine deutsch-französische Annäherung könne nur über eine sozialisierte Ruhr führen.

Rolf Rengers - Kiel sagte, dass die SPD sich noch stärker der mittleren und jüngeren Generation annehmen müsse. Die Entnazifizierung und das Soldatenproblem spielten dabei eine grosse Rolle, weshalb er die Ausführungen Dr. Schumachers zu diesen Punkten begrüsse. Die Tätigkeit der Widerstandskämpfer müsse gerade der Jugend entsprechend nähergebracht werden.

Willi Eichler - Köln wies darauf hin, man habe uns gerade von christlicher Seite erzählt, wir sässen in Deutschland alle in einem Boot. "Ja-wohl", so sagte Eichler, "wir sasssen auch schon früher in einem Boot, nur mit dem Unterschied, dass ein paar Leute die Plätze auf den bequemen Bänken hatten und der Rest des Volkes bemüht war, das Wasser auszu-schöpfen, damit sie nicht alle ertrinken. Wir wollen das nicht in Europa, wo Europa ist, muss eine Gemeinschaft sein. Nichts darf geschehen, was gegen das Prinzip dieser Gemeinschaft ist".

Erwin Schöttle - Stuttgart erinnerte daran, dass der Europarat zu einem guten Teil auf die Initiative Winston Churchills zurückgehe. "Wenn man sich für einen Augenblick überlegt, an welches Europa Winston Churchill gedacht hat, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass in seinem Bewusstsein dieses Europa nichts anderes war, als ein Defensiv-Wall, nicht nur gegen den Osten, sondern auch ein Defensiv-Wall gegen die sozialen Kräfte, die aus diesem Europa heraus zur Macht drängen".

In besonders temperamentvollen Ausführungen unterstützte Herbert Wehner - Hamburg die von Dr. Kurt Schumacher vorgetragene Auffassung über die Notwendigkeiten einer sozialdemokratischen Europa-Politik, wobei er insbesondere auf die unaufrichtige und mit auswechselbaren Argumenten arbeitende Politik in der Regierung hinwies. Leidenschaftlich wandte er sich gegen jeden Schritt, der geeignet sein könnte, den leider heute noch durch bitteren Zwang bestehenden Trennungsgaben mitten durch Deutschland weiter zu vertiefen.

Bruno Leddin - Hannover, soeben von einer Amerika-Reise zurückgekehrt, die er mit einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten unternommen hatte, berichtete kurz über seine Eindrücke. Im Vordergrund der Gespräche hätten soziale Probleme, die Arbeitslosigkeit, die Flüchtlingsnot, die Wohnungsfrage und das Mitbestimmungsrecht gestanden. Leddin bedauerte die unzureichende Informierung der amerikanischen Presse über die Verhältnisse in Deutschland. Bei den Vertretern der grossen amerikanischen Gewerkschafts-Organisationen habe er für die Haltung der SPD ein Interesse gefunden, was oft noch grösser war, als bei vielen europäischen Freunden. Von drüben her sei angeregt worden, im Laufe der Zeit möglichst viele Arbeiter aus den Betrieben zu kürzerem oder längerem Aufenthalt nach den USA zu schicken. Das Verständnis zwischen den beiden Völkern müsse nicht nur durch die Diplomaten, es müsse vor allen Dingen durch die arbeitenden Menschen vertieft werden.

Der Gruss der Labour Party

Die Dienstag-Sitzung des Parteitages wurde eröffnet mit den Begrüßungsworten des Delegierten der Labour Party, Percy Knight. Kein Land, so erklärte Percy Knight, habe grössere Probleme zu lösen als Deutschland. Daher sei es ausserordentlich wichtig, dass die deutschen Sozialisten, die so vielen Anfeindungen und Schwierigkeiten ausgesetzt seien, so eng wie möglich mit ihren sozialistischen Freunden in allen Teilen der Welt zusammenarbeiten. Die Labour Party werde alles tun, um die gemeinsame sozialistische Front zu entwickeln. "Wir sind stolz darauf," so sagte Percy Knight wörtlich, "dass heute die Arbeiter nirgend so gut leben wie in England und dass die Reichen überall besser leben als in England. Wir sind nicht mehr auf die Gnade des Privatkapitalismus angewiesen". All das sei zu einer Zeit erreicht worden, da England mit den Problemen der Nachkriegszeit fertig werden musste. Dabei habe England anderen Völkern etwa annähernd soviel Unterstützung zukommen lassen, wie es selbst von Amerika bekommen habe.

Eine europäische Einigung könne nur erzielt werden auf der Basis der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit. Die Labour Party hoffe daher, dass alle sozialistischen Parteien dazu beitragen werden, den europäischen Kampf gemeinsam zu führen. Wenn der Schuman-Plan sich im Interesse aller Völker entwickle, werde er eine Ära des sozialen Fortschritts für alle bedeuten. Würde er dagegen bloss ein besseres kapitalistisches Kartell, dann werde er die europäische Einigung korrumpieren. Die sozialistischen Parteien im Westen müssten zusammenstehen. Missverständnisse habe es schon genug gegeben. Die Labour Party hoffe, dass 1950 ein sozialistisches Deutschland an der Einigung Europas mitarbeiten werde.

- o - o -

Zweiter Hilferuf aus Bautzen

sp. Auf dem Parteitag der SED in Hamburg verlas der Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner-Hamburg unter starker Bewegung der Versammelten einen der SPD zugegangenen Brief aus dem KZ Bautzen, datiert vom 6. April 1950. In diesem Brief heisst es u.a.:

„Deutsche Männer und Frauen! Zum zweiten Male rufen wir Euch, rufen wir jeden, der noch Anspruch auf die Bezeichnung Mensch erhebt, aus dem gelben Elendsbau in Bautzen um Hilfe. Am 31. März, an dem von Tausenden unschuldiger Menschen in ihrer Angst und Qual ein Notschrei hinausgeschrien wurde, wurden wir von der Meute der entmenschten Volkspolizisten niedergeschlagen. Hunderte liegen mit schweren Kopfverletzungen, Knochenbrüchen, Blutergüssen und Verrenkungen darnieder. Die Polizisten drangen unter dem Kommando von Polizeirat Schulz jeweils in einen abgeschlossenen Saal ein, in dem bis zu 400 Mann, auf kleinstem Raum zusammengepfercht leben müssen, prügeln die Gefangenen zur Tür hinaus und stürzten sie die Treppe hinunter. Die Hilfeleistung der Saalärzte wurde von Polizeirat Schulz mit der Bemerkung begleitet: „Lasst die Hunde verrecken!“ Man darf die Anzahl der Verletzten mit etwa 2/3 der Gesamtbelegschaft annehmen.

Nachdem in den ersten Tagen des Februar d. Js. die deutsche Verwaltung das Gefangenenlager Bautzen übernommen hatte, in dem etwa 7000 Unschuldige schmachteten, begannen sie ihr Regiment mit einer Kürzung der Lebensmittelrationen. Die Tuberkulose wütete mit jedem Tage stärker, Medikamente waren praktisch nicht vorhanden. Die Volkspolizei sperrte die Post, die Zeitungslieferungen wurden eingestellt, jede kulturelle Betätigung innerhalb der einzelnen Säle verboten. Die Belegschaft wurde systematisch in eine Angstpsychose getrieben. Am 13. März rissen die Gefangenen die Fenster auf und schrien ihre Not, ihre Angst und ihr Elend in die Öffentlichkeit. Am 16. März erschienen in den einzelnen Sälen deutsch-russische Offizierkommissionen und versprachen Abhilfe. Aber es geschah nichts, die Lage verschärfte sich noch. Laufende Neuzugänge steigerten noch die qualvolle Enge. Am 31. März d. Js. schrien die Verzweifelten zum zweiten Male ihre Angst, Not und Pein in die Welt hinaus.

Weit über die Hälfte aller Häftlinge mussten diesen Hilfeschrei mit schweren Verletzungen bezahlen. Freie Menschen in Deutschlands Westen! Hört den Schrei der Gefangenen, die in Euch ihre allerletzte Hoffnung sehen! Genossen der SED, Freunde der CDU, LDP, FDP, hört uns, ihr Menschen jenseits der Grenze! Schickt unseren Schrei der Not und Verzweiflung durch Draht und Radio in alle Welt! Wir rufen die gesamte zivi-